

KOM Klimaneutral, wirtschaftsstark und lebenswert - unsere Kommune von morgen

Gremium: Landesvorstand
 Beschlussdatum: 15.09.2023
 Tagesordnungspunkt: KOM Kommunalpolitischer Leitantrag

1. Auf unsere Kommunen kommt es an - Für einen Aufbruch in eine klimaneutrale und klimaangepasste Zukunft

Was Baden-Württemberg zu unserem Zuhause macht, das sind unsere Städte und Gemeinden – Sie stiften Gemeinschaft und Identität, sichern unsere Daseinsvorsorge und gestalten unseren Arbeits- und Lebensalltag, die Bildung unserer Kinder und das Miteinander der Generationen. Auch unsere zentralen Zukunftsherausforderungen, vom demographischen Wandel bis hin zur Klimakatastrophe, werden vor Ort in den Kommunen gemeistert. Grüne in Landes- und Bundesregierung setzen zwar den Rahmen für eine ökologische und zukunftsfähige Politik, die tatsächliche Umsetzung findet jedoch auf kommunaler Ebene statt. Die Grün-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg hat sich seit 2011 ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt. Baden-Württemberg soll bis 2040 klimaneutral sein. Damit unser Land diesem Anspruch einer Vorreiterrolle im Klimaschutz gerecht wird, sind auch die Kommunen mit ihren umfangreichen Gestaltungsspielräumen gefordert. Die Kommunen und Landkreise können einen signifikanten Beitrag zur Einsparung von klimaschädlichen Treibhausgasen und damit zum Erhalt einer lebenswerten Welt für nachfolgende Generationen leisten: durch die Bereitstellung und den Ausbau von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energiequellen, durch ein attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr und durch gute und sichere Rad- und Fußwegeverbindungen sowie durch Beratungs- und Unterstützungsangebote zur energetischen Gebäudesanierung. **Auf kommunaler Ebene wird Klimaschutz konkret!**

Die Folgen des Klimawandels spüren wir zunehmend auch in Baden-Württemberg. Hitzewellen und Trockenperioden nehmen zu, ebenso Unwetter mit Starkregen und Überschwemmungen. Damit gehen gravierende Veränderungen des Natur- und Wasserhaushalts einher, es kommt zu einer Verschiebung von Vegetationsperioden und der Artenzusammensetzung in Lebensräumen. Ebenso verändern sich die Lebensbedingungen für uns Menschen. Die Kommunalpolitik steht deshalb gleich vor zwei großen Aufgaben: Neben dem entschlossenen Kampf gegen den Klimawandel muss sie auch die Anpassung an die sich verändernden klimatischen Bedingungen beherzt angehen. Denn nur durch Maßnahmen wie die Entsiegelung von Flächen, den Schutz vor den Auswirkungen von Extremwetterereignissen und die Bekämpfung von Wasserverschwendung werden wir auch in Zeiten der Klimakrise in unseren Städten und Gemeinden weiterhin eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität erhalten können. **Ob Großstadt oder kleiner Ort auf dem Land – die Kommune der Zukunft ist klimaneutral und für die Folgen des Klimawandels gerüstet!**

Die Umsetzung von Klimaschutz und Klimaanpassung ist nicht nur mit Herausforderungen für unsere Kommunen verbunden, hier liegen auch viele Chancen. Die Kommune von morgen bewahrt nicht nur unsere natürlichen Lebensgrundlagen und

42 minimiert die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels für ihre Bürger*innen:
43 Die Verfügbarkeit von Strom aus erneuerbaren Energiequellen unterstützt auch die
44 regionale Wirtschaft und entlastet den Geldbeutel unserer Bürger*innen.
45 Klimafreundliche und vernetzte Mobilitätskonzepte erleichtern den Menschen den
46 Alltag. Davon profitiert nicht zuletzt auch der örtliche Handel. Gute
47 Erreichbarkeit, begrünte und entsiegelte Flächen eröffnen neue
48 Freizeitmöglichkeiten und machen Kommunen zu Wohlfühlorten für alle Menschen.
49 **Die grüne Kommune der Zukunft bringt Menschen zusammen, bietet hervorragende**
50 **Standortfaktoren für die Wirtschaft und attraktive Arbeitsplätze für ihre**
51 **Bürger*innen!**

52 Ein echter Aufbruch in eine klimaneutrale und klimaangepasste Zukunft ist ein
53 gesamtgesellschaftlicher Kraftakt. Eine Politik, die unser Klima schützt, bringt
54 Veränderungen und Herausforderungen für jede*n einzelne*n Bürger*in mit sich.
55 **Keine andere politische Ebene ist so nah und greifbar für die Bürger*innen wie**
56 **die kommunale Ebene. Die Menschen mitzunehmen, sie zu überzeugen und Teil eines**
57 **gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses werden zu lassen, wird deshalb**
58 **nirgendwo besser gelingen als vor Ort in den Städten und Gemeinden.** Dieses
59 Potential wollen wir nutzen, um die notwendigen Veränderungen, gemeinsam mit den
60 Bürgerinnen und Bürgern, zu gestalten.

61 **Wir Grüne wollen, dass unsere Vision einer klimafreundlichen, klimaangepassten**
62 **und lebenswerten Kommune in Baden-Württemberg flächendeckend Wirklichkeit wird –**
63 **das packen wir auf allen Ebenen an. In Bund und Land arbeiten wir weiter an**
64 **politischen Rahmenbedingungen, die eine konsequente Umsetzung von Klimaschutz**
65 **auf kommunaler Ebene ermöglichen.** Durch die Entschlackung von
66 Genehmigungsprozessen, durch eine konsequente Aufgabenüberprüfung und durch den
67 Abbau verzichtbarer Regelungen reduzieren wir die Belastungen für Verwaltung,
68 Bürger*innen und Unternehmen. So setzen wir auf kommunaler Ebene alle Kräfte für
69 die Bewältigung unserer gemeinsamen Zukunftsaufgaben, den Klimaschutz und die
70 Klimawandelanpassung in Bewegung. Die bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung
71 unserer Kommunen bei den gewachsenen Aufgaben des Klimaschutzes und der
72 Klimaanpassung ist dafür zwingende Voraussetzung. Wir sehen Klimaschutz und
73 Klimaanpassung als zentrale Gemeinschaftsaufgaben an. Sie müssen von allen
74 politischen Ebenen als Pflicht aufgegriffen und schnellstmöglich umgesetzt
75 werden.

76 Erfolgreicher Klimaschutz als auch erfolgreiche Klimaanpassung entscheidet sich
77 letztendlich vor Ort. Nach den starken Mandatzugewinnen bei den Kommunalwahlen
78 2019 arbeiten wir Grüne in den Gemeinderäten und Kreistagen, in der Verwaltung,
79 den Regionalparlamenten und Ortschaftsräten und an den Rathausspitzen mit großem
80 Engagement an der Umsetzung wirksamer Klimaschutz- und
81 Klimawandelanpassungsmaßnahmen. Die Erfolge unserer Arbeit sind sichtbar:
82 Bereits heute zeigen viele Kommunen in Baden-Württemberg, was in Sachen
83 Klimaschutz und Klimaanpassung alles möglich ist und dienen damit als wichtige
84 Vorbilder. Für uns ist klar: **Um heute die Voraussetzungen für die klimaneutrale**
85 **und klimaangepasste Kommune von morgen in ganz Baden-Württemberg schaffen,**
86 **braucht es starke Grüne auf kommunaler Ebene.**

87 **2. Klimaschutz in der grünen Kommune von (und** 88 **für) morgen**

89

90 Wir wollen Baden-Württemberg zum Klimaschutzland Nummer eins machen. Dieses
91 ambitionierte Ziel haben wir mit den Grün-geführten Landesregierungen in den
92 vergangenen Jahren bereits mit Leben gefüllt. So haben wir das Klimaschutz-
93 Sofortprogramm aus dem Koalitionsvertrag bereits umgesetzt – von der Einführung
94 eines CO₂-Schattenpreises, über die Vergabeoffensive zur Vermarktung von
95 Staatswaldflächen für die Windkraft, bis hin zur Einrichtung eines Klima-
96 Sachverständigenrats. Mit der Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der
97 Erneuerbaren Energien haben wir die Dauer der Genehmigungsverfahren halbiert und
98 die Flächenkulisse für Wind und Freiflächen-Photovoltaik massiv erweitert. Mit
99 unserem Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz sind wir bundesweit
100 Vorreiter. So haben wir als erstes Bundesland die verpflichtende kommunale
101 Wärmeplanung eingeführt, Förderprogramme einem Klimavorbehalt unterzogen und
102 eine umfassende Photovoltaik-Pflicht für neue Gebäude und Parkplätze gesetzlich
103 verankert.

104 Das Land ist auch beim Klimaschutz ein starker Partner für unsere Kommunen. Das
105 Grün-geführte Umweltministerium hat daher den Klimaschutzpakt zwischen Land und
106 den kommunalen Landesverbänden zum vierten Mal fortgeschrieben und mit weiteren
107 finanziellen Mitteln verstärkt, um der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf
108 kommunaler Ebene eine Grundlage zu bieten – beispielsweise mit der Förderung von
109 Personalstellen für die klimaneutrale Kommunalverwaltung. Ebenso hat die Grün-
110 geführte Landesregierung in Baden-Württemberg die regionalen Energieagenturen
111 finanziell gestärkt, damit diese die Kommunen, die Wirtschaft, aber auch
112 Bürger*innen in Sachen Energie- und Wärmewende beraten können. Mit der Änderung
113 des Klimaschutzgesetzes wurden auch Koordinator*innen für Mobilität und
114 Klimaschutz gesetzlich verankert. Die kreisweite Informationsstelle dient den
115 Kommunen zur Vernetzung und zur Bündelung von Informationen, um die
116 Mobilitätswende vor Ort umsetzen zu können.

117 ***Kommunale Wärmewende voranbringen***

118 Die Wärmewende findet vor Ort statt und ist entscheidend, um die Klimaziele zu
119 erreichen. Die Kommunen haben damit eine Schlüsselrolle bei der klimaneutralen
120 Wärmeversorgung. Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir die kommunale Wärmeplanung
121 in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht und sind damit bundesweit Vorreiter:
122 Die Stadtkreise und großen Kreisstädte sind verpflichtet, bis Ende 2023 eine
123 kommunale Wärmeplanung vorzulegen. Kleinere Kommunen werden dabei unterstützt,
124 eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Diese Pionierarbeit vieler Kommunen
125 soll sich lohnen. Wir setzen uns ein für attraktive Förderbedingungen zur
126 schnellen und frühzeitigen Umsetzung der Wärmeplanung. Schnelle Geschwindigkeit
127 bei der Umsetzung der Wärmeplanung soll mit einem Geschwindigkeitsbonus belohnt
128 werden, denn der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeerzeugung muss
129 schneller steigen als bisher. Gleichzeitig muss die Sanierungsquote im
130 Gebäudebestand erhöht werden. Neu gedämmte und isolierte Gebäude verbessern den
131 Wohnkomfort und verbrauchen weniger Wärme. Die Wärmewende steht unter dem Motto
132 "Efficiency First". Dabei ist klar, die Wärmewende gelingt nur technologieoffen.
133 Der Bund muss Länder und Kommunen finanziell bei der schnellen Umsetzung
134 unterstützen. Bundes- und Landesgesetze können dabei einen Rahmen vorgeben, doch
135 vor Ort finden wir die jeweils beste und passende Lösung.

136 Wärmenetze sind gerade in Ballungsräumen eine wichtige Infrastruktur für eine
137 klimaneutrale Wärmeversorgung. Wir wollen für einen schnellen und
138 unkomplizierten Ausbau der Wärmenetze in den Kommunen die Planungs- und
139 Genehmigungszeiten beschleunigen und die Planungsbehörden mit personellen

140 Ressourcen stärken. In einigen Kommunen tragen große Landesliegenschaften - wie
141 Campus-Areale von Universitäten und Universitätsklinika - einen erheblichen
142 Anteil des Wärmebedarfs bei. Hier wollen wir in Abstimmung mit den Kommunen
143 Dekarbonisierungskonzepte erarbeiten, die Quellen zur erneuerbaren
144 Wärmeerzeugung auf Landesflächen erschließen und die Potentiale einer Anbindung
145 der Landesliegenschaften an kommunale Wärmenetze prüfen.

146 Bei der zentralen Wärmeversorgung haben wir in Baden-Württemberg einen Trumpf im
147 Ärmel, den wir nutzen müssen: die tiefe Geothermie vor allem am Oberrheingraben
148 und in Oberschwaben. Erste Projekte laufen bereits, um diese Wärmequelle zu
149 nutzen. Dabei ist klar: Große Infrastrukturvorhaben wie Tiefbohrungen lassen
150 sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Gute und verlässliche Kommunikation
151 und Information sind bei solchen langfristigen Vorhaben unerlässlich. Um das
152 große Potenzial der Geothermie für eine klimaneutrale Wärmeversorgung besser zu
153 nutzen, setzen wir uns ein für einen verlässlichen rechtlichen Rahmen,
154 durchdachte Planungen und klare Versicherungsregelungen.

155 Bei der klimaneutralen Wärmeversorgung kommt innovativen Projekten zunehmend
156 eine wichtigere Rolle zu. So gibt es in verschiedenen Kommunen bereits positive
157 Erfahrungen mit der Nutzung von Abwärme aus Kläranlagen oder großen
158 Umweltwärmepumpen - beispielsweise Flusswärmepumpen. Solche Projekte wollen wir
159 flächendeckend, in großen und kleineren Kommunen umsetzen.

160 ***Ausbau der Erneuerbaren Energien***

161 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat uns unsere
162 Abhängigkeit von fossilen Energieträgern drastisch vor Augen geführt. Sowohl auf
163 Bundes- als auch auf Landesebene haben wir daraufhin ein ganzes Bündel an
164 Maßnahmen auf den Weg gebracht, um unsere Abhängigkeit von Energieimporten zu
165 reduzieren. Diese Anstrengungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen wir
166 weiter vorantreiben. So soll künftig bei der Vergabe von Staatswaldflächen für
167 die Windkraft eine engere Abstimmung zwischen Forst BW und den örtlichen
168 Kommunen stattfinden. Zudem müssen die Pachtpreise von Forst BW so gestaltet
169 sein, dass Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich nicht schlechter dasteht
170 und Baden-Württemberg für Projektierer*innen zum attraktiven Standort wird.
171 Ebenso setzen wir uns ein für eine stärkere Berücksichtigung von
172 Bürgerenergiegenossenschaften bei der Vergabe von Staatswaldflächen, um die
173 Akzeptanz der Projekte so zu erhöhen.

174 Unseren Kommunen kommt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Schlüsselrolle
175 zu. Zum einen wollen wir bestehende kommunale Gebäude und Parkplätze stärker für
176 Photovoltaik nutzen, so sollen bis 2040 alle kommunalen Gebäude und Parkplätze
177 mit Photovoltaik ausgestattet sein und zum anderen müssen wir die
178 Flächenausweisung für Wind und Freiflächen-Photovoltaik über die
179 Flächennutzungs- und Regionalplanung weiter vorantreiben. Landesweit sollen für
180 Wind mindestens zwei Prozent und für Freiflächen-Photovoltaik mindestens ein
181 Prozent der Fläche ausgewiesen werden. Damit ausreichend Flächen für den Ausbau
182 der Erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, ist es notwendig, dass die
183 Kommunen verstärkt in die planerische Sicherung der Flächenausweisung
184 einsteigen.

185 Zudem wollen wir, dass Kommunen Spielräume beispielsweise über Bebauungspläne
186 nutzen, um weitgehendere Anforderungen an den Bau von Gebäuden im Hinblick auf
187 Klimaschutz und Klimawandelanpassung festzusetzen, insbesondere was die Nutzung
188 von Photovoltaik oder den Anschluss und die Benutzung von Wärmenetzen anbelangt.

189 Zahlreiche Kommunen haben in der Vergangenheit positive Erfahrungen mit
190 kommunalen Förderprogrammen zu Balkon-Photovoltaik gemacht. Dies wollen wir auch
191 in weiteren Kommunen zur Nachahmung anregen. Über Bündelausschreibungen, zum
192 Beispiel für Photovoltaik, können Kommunen ihre Bürger*innen hinsichtlich
193 organisatorischer und bürokratischer Hürden bei der Planung und Installation von
194 Anlagen entlasten.

195 Es gibt in Baden-Württemberg zahlreiche Bioenergiedörfer, die mindestens 50
196 Prozent des Stroms und der Wärme aus erneuerbaren Quellen vor Ort erzeugen und
197 verbrauchen. Viele dieser Kommunen erzeugen inzwischen sogar mehr Strom und
198 Wärme, als sie vor Ort verbrauchen. Sie unterstützen mit diesem Überschuss ihre
199 kommunalen Nachbar*innen und zeigen, wie in Baden-Württemberg Städte und
200 Gemeinden Hand in Hand arbeiten.

201 Finanzschwache Kommunen wollen wir stärker vernetzen und interkommunale
202 Zusammenarbeit erleichtern – beispielsweise beim sogenannten Energie-
203 Contracting, bei dem Energieeffizienzmaßnahmen durch einen Energiedienstleister
204 umgesetzt werden, bei der Berufung von Klimamanager*innen oder dem Einrichten
205 von Beratungsangeboten.

206 ***Neue Mobilität für Mensch und Klima***

207 In unserer grünen Kommune von morgen können die Menschen beispielsweise auf
208 Carsharing oder Mitfahrgelegenheiten zurückgreifen oder den Weg zur Arbeit oder
209 zum Lebensmittelladen gleich mit Bahn, Bus, Rad oder zu Fuß zurücklegen. Damit
210 wird nicht nur das Klima geschützt, auch nachteilige Effekte des Autoverkehrs
211 durch Lärm und Abgase auf Gesundheit und Lebensqualität werden vermindert.

212 Baden-Württemberg ist in Sachen Verkehrswende in vielerlei Hinsicht vorbildlich:
213 Kein anderes Land packt die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken so
214 systematisch an, schafft immer mehr Regiobus-Linien für die ländlichen Räume,
215 baut Radwege entlang von Landesstraßen aus und fördert den Bau komfortabler
216 Radschnellwege für längere Distanzen. Unser Land hat begonnen, den
217 Tarifdschengel im öffentlichen Nahverkehr zu lichten, lange bevor es das
218 Deutschlandticket gab. Heute fahren so viele Züge wie nie zuvor und bedienen
219 zunehmend auch Tagesrandlagen und Wochenenden. Immer mehr Züge fahren
220 elektrisch, emittieren dadurch kein CO₂ mehr und machen weniger Lärm. Auch beim
221 Busverkehr sollen klimafreundliche Antriebstechnologien stärker gefördert
222 werden.

223 Wir setzen die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mobilitätsgarantie, die auch in
224 kleineren Orten von früh morgens bis spät abends öffentliche Nahverkehrsangebote
225 vorsieht, um. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns dafür ein, dass die
226 Bürger*innen in möglichst vielen Orten durch die Einführung eines
227 Mobilitätspasses von einem umlagefinanzierten Nahverkehr profitieren. Dabei
228 achten wir auf die Barrierefreiheit der Angebote. Auf kommunaler Ebene
229 unterstützen wir die Einrichtung von Einrichtung von Bürgerbuslinien und
230 Bürgerrufautos.

231 Vom Bund kommen einige positive Impulse: Das Deutschlandticket sowie unser in
232 Baden-Württemberg eingeführtes vergünstigtes Deutschlandticket für junge
233 Menschen ermöglicht es in unseren baden-württembergischen Kommunen,
234 unkompliziert und deutlich preiswerter Bus und Bahn zu nutzen. Auf Bundes- und
235 Landesebene muss die Weiterfinanzierung des Deutschlandtickets sichergestellt
236 werden. Darüber hinaus müssen die Regionalisierungsmittel weiter erhöht werden,
237 um den regionalen Schienenverkehr der Länder finanziell abzusichern und weitere

238 Angebotsverbesserungen umsetzen zu können. Radverkehrsmittel für sichere Wege
239 sollten auf höherem Niveau verstetigt werden.

240 Da über 40 Prozent aller Autofahrten auf Kurzstrecken stattfinden, sehen wir ein
241 erhebliches Verlagerungspotential zugunsten des Fahrrads. Daher setzen wir uns
242 insbesondere ein für den Ausbau von Radwegen, für sichere und komfortable
243 Radabstellanlagen sowie für eine verbesserte und einheitliche
244 Radinfrastrukturbeschilderung und -beleuchtung. Mit dem Förderprogramm des
245 Landes Baden-Württemberg sollen bis 2027 etwa 600 Kilometer neue Radwege in
246 kommunaler Baulast gebaut werden.

247 Um die Geschwindigkeiten in den Ortsdurchfahrten zu reduzieren, den
248 Verkehrsfluss zu verstetigen und die Verkehrssicherheit zu verbessern, sollten
249 Kommunen eigenständig über Tempo 30 innerorts und über die Ausweisung von
250 Fahrradstraßen entscheiden können. Wir drängen darauf, dass sich der Bund mit
251 den Ländern endlich auf eine wirkliche Reform des Straßenverkehrsrechts
252 zugunsten von Städtebau, Klimaschutz und sicherem Fuß- und Radverkehr
253 verständigt. Vor Ort nutzen wir die Spielräume bereits vielfältig und bauen
254 Busangebote aus – auch über Landkreisgrenzen – und reduzieren Reisezeiten durch
255 Vorrangregelungen für Busse an Ampeln, treiben den Ausbau von barrierearmem und
256 sicherem Fußverkehr voran, ebenso die Ausweisung von verkehrsberuhigten Zonen.
257 In den Kommunen stärken wir den Anteil von klimaneutralen Verkehrsträgern durch
258 die Einrichtung von Mobilitätsstationen, bei denen Bahn- und Buslinien, sowie
259 Fahrradwege und Carsharing-Angebote an einem Ort zusammengeführt werden.

260 Selbstverständlich wissen wir auch, dass das Auto insbesondere in unseren
261 Kommunen in den ländlichen Räumen nicht für alle verzichtbar ist. Hier setzen
262 wir auf alternative Antriebe und bauen die elektrische Lade-Infrastruktur in der
263 Fläche aus. In Städten wie in den Dörfern können Autos vermehrt gemeinsam –
264 durch Mitfahrgemeinschaften oder Carsharing – genutzt werden.

265 Im Bereich des Logistikverkehrs wollen wir in den Kommunen Alternativen zum LKW-
266 Transport stärken, indem wir den Einsatz von Lastenrädern und neue
267 Verteilkonzepte wie Cityhubs vorantreiben.

268 ***Ernährung, Land- und Forstwirtschaft – Bewahren, 269 was uns und unser Klima schützt***

270 Kommunen sind wichtige Räume für Land- und Forstwirtschaft. Regionale Kreisläufe
271 und ein enger Bezug zwischen Bürger*innen als Konsument*innen und den
272 erzeugenden Landwirt*innen ist uns ebenso wichtig wie eine Stärkung des Beitrags
273 der Land- und Forstwirtschaft für Klimaanpassung und Klimaschutz.

274 Seit 2011 gibt es in Baden-Württemberg ein Grünlandumwandlungsverbot, welches
275 die Umwandlung von Dauergrünland für andere landwirtschaftliche Nutzungen
276 weitestgehend verhindert. Zudem stärkt die Landesregierung mit dem
277 Förderprogramm FAKT II bereits heute die Biodiversität, den Klimaschutz und das
278 Tierwohl innerhalb der Landwirtschaft.

279 Auf Landesebene setzen wir uns ein für eine Reduktion der Ausbringung von
280 Stickstoffdünger, wobei die landwirtschaftlichen Betriebe bei der Umstellung hin
281 zu klimaverträglicheren Düngern niederschwellige Hilfestellungen seitens der
282 Politik erhalten. Zudem machen wir uns dafür stark, dass bei der Verpachtung
283 kommunaler landwirtschaftlicher Flächen konsequent die Auswirkungen auf Klima
284 und Biodiversität berücksichtigt werden. Auch soll seitens der Kommune

285 regenerative Landwirtschaft finanziell gefördert werden. Diese verfolgt das Ziel
286 mithilfe von Humusaufbau, CO₂ aus der Luft im Boden zu binden.

287 Als natürliche Kohlenstoffsенke kommt dem Moorschutz eine zentrale Funktion beim
288 Klimaschutz und der Klimawandelanpassung zu. Es soll eine landesweite
289 Moorschutzstrategie entwickelt werden, um beispielsweise bereits trockengelegte
290 Moore wieder zu vernässen und den Ankauf weiterer Flächen für den Moorschutz
291 durch das Land voranzutreiben. Des Weiteren sehen wir die Freiflächen-
292 Photovoltaik als wichtige Chance, Landwirtschaft und Erneuerbare Energien im
293 Rahmen einer Doppelnutzung zu vereinen. Wir unterstützen weiterhin die
294 Etablierung der sogenannten Agri-Photovoltaik, um dort, wo es Potenziale gibt,
295 die "doppelte Ernte" einzufahren – Tier- und Pflanzenschutz durch Verschattung
296 von Acker- und Weidefläche bei gleichzeitiger Erzeugung von Erneuerbarem Strom.

297 Wir wollen die negativen Klimaauswirkungen unserer Ernährung senken und daher
298 die Versorgung mit regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln landesweit
299 erleichtern. Die Bio-Musterregionen haben sich für eine starke ökologische
300 Landwirtschaft entlang regionaler Wertschöpfungsketten bewährt – der ökologische
301 Landbau ist Vorreiter in der Klimawandelanpassung. Eine Instrument, um die
302 Außerhausverpflegung in Restaurants, Pflegeheimen, JVAen, Kantinen, Schulen &
303 KiTas flächendeckend mit regionalen und Bio-Lebensmitteln abzudecken und damit
304 unnötige Transportkosten zu vermeiden und die regionale Landwirtschaft zu
305 stärken, ist es, Anbieter*innen und Abnehmer*innen in der Region über Online-
306 Plattformen zusammenbringen.

307 ***Die Kommunalverwaltung als Vorbild in Sachen*** 308 ***Klimaschutz***

309 Beim Klimaschutz kommt unseren Kommunen eine Vorbildfunktion zu. Die
310 ambitionierten Zielsetzungen aus dem Klimaschutz- und
311 Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg wollen wir auch auf kommunaler
312 Ebene mit Leben füllen. So sollen beispielsweise Kommunen ein verpflichtendes
313 kommunales Klimaschutzkonzept vorlegen, das den Weg zur Klimaneutralität bis
314 spätestens 2040 beschreibt. Wir setzen uns dafür ein, dass perspektivisch alle
315 Kommunen dem Klimaschutzpakt mit dem Land beitreten und damit von attraktiven
316 Förderkonditionen profitieren. Wir prüfen die Regelungen für mehr Klimaschutz,
317 die wir für die Landesverwaltung festgeschrieben haben, auch für eine Umsetzung
318 in den Kommunen. Dazu zählen unter anderem die kommunale Einführung eines CO₂-
319 Schattenpreises, die stärkere Nutzung von kommunalen Flächen für den Ausbau der
320 Erneuerbaren Energien sowie die Einführung eines Klima-Checks für
321 Gemeinderatsvorlagen. Innerhalb der Kommunen setzen wir uns dafür ein, dass die
322 öffentliche Hand die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen an Aspekten
323 der Nachhaltigkeit und Energieeffizienz ausrichtet.

324 Wir wollen die finanzielle Unterstützung unserer Kommunen beim Klimaschutz
325 verstetigen, um das Ziel Nettotreibhausgasneutralität bis 2040 zu erreichen. Im
326 Land werden wir prüfen, inwiefern das Bekenntnis der Kommunen zum Klimaziel 2040
327 als Voraussetzung für Förderprogramme des Landes verankert werden kann und
328 inwiefern Modellkommunen mit noch ambitionierteren Zielen besondere
329 Unterstützung erhalten. Zudem wollen wir einen stärkeren Fokus auf jene Kommunen
330 legen, die beim Klimaschutz bislang weniger aktiv sind.

331 Um Klimaschutz auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen, wollen wir
332 Informations- und Beratungsangebote der Kommunen weiter stärken, um Bürger*innen
333 eine unkomplizierte Anlaufstation für Fragen rund um Klimaschutzmaßnahmen und

334 die Energiewende anzubieten. Die vom Land geschaffene KEA, die Klimaschutz- und
335 Energieagentur, ist hierbei durch ihre umfassende und individuelle Beratung eine
336 wichtige Stütze für unsere Kommunen. Indem Kommunen die Gründung von
337 Bürgerenergiegesellschaften fördern, wird über eine wirtschaftliche Teilhabe von
338 Bürger*innen auch die gesamtgesellschaftliche Unterstützung der Energiewende
339 gestärkt. Wichtig bleibt aber, Bürger*innen bei geplanten Projekten frühzeitig
340 zu informieren und einzubeziehen, sowie politische Entscheidungen transparent zu
341 gestalten. Dazu tragen vor Ort auch Formate wie das Forum Energiedialog des
342 Umweltministeriums bei. Als weiteres wichtiges Partizipationsinstrument wollen
343 wir die vom Land bisher schon geförderten Klimadialoge, beispielsweise in
344 Schöckingen, ausdehnen. Vor Ort setzen wir uns ein für die Einrichtung von
345 Klimabeiräten und den Austausch mit Vereinen und Verbänden.

346 ***Mit reformierter Abfallwirtschaft*** 347 ***Treibhausgasemissionen reduzieren***

348 Die Erfolge in der Reduzierung der Treibhausgase in der Abfallwirtschaft sind im
349 besonderen Maße dem Engagement von Kommunen zu verdanken. So konnten die CO₂-
350 Emissionen der Abfallwirtschaft zwischen 1990 und 2018 um über 75 Prozent
351 gesenkt werden, da heutzutage deutlich weniger Siedlungsabfälle deponiert
352 werden.

353 Primäres Ziel der Abfallwirtschaft muss die Abfallvermeidung sein. Die
354 Einführung einer Verpackungssteuer und die Vermeidung von Abfällen bei
355 Veranstaltungen sind hierfür wirkungsvolle Instrumente.

356 Wo Abfallvermeidung nicht gelingt, ist für die Kreislaufwirtschaft eine gute
357 Trennung der unterschiedlichen Materialien entscheidend, um den anfallenden
358 Abfall bestmöglich als Wertstoff weiternutzen zu können. Das ist der Fall, wenn
359 die sortenreine Müllfassung möglichst komfortabel gestaltet wird, zum Beispiel
360 durch eine haushaltsnahe Erfassung möglichst vieler Wertstoffe oder durch eine
361 flächendeckende Versorgung mit Abfalltonnen. Auch eine höhere Dichte an
362 Recyclinghöfen hilft bei der getrennten Erfassung von Wertstoffen. Dadurch
363 gelangt möglichst wenig Restabfall in Müllverbrennungsanlagen, die nur unter
364 Beachtung höchster Umweltstandards laufen sollten. Mindestkriterium bei
365 Müllverbrennungsanlagen ist die Weiterverwendung von durch die Verbrennung
366 entstandener Energie, der Abwärme und der Schlacke. Auf Landesebene machen wir
367 uns dafür stark, dass Bioabfälle verpflichtend einer Mehrfachnutzung zugeführt
368 werden, zum Beispiel in Form von kombinierten Kompostierungs- und
369 Vergärungsanlagen. Wir fördern zudem aktiv die Entwicklung unserer Kommunen hin
370 zur „Zero Waste“-Kommune beziehungsweise zur „plastikfreien Stadt“ durch
371 Unterstützung bei der Konzepterstellung und -umsetzung der Abfallvermeidung,
372 beziehungsweise des konsequenten Abfallrecyclings. Insgesamt setzen wir uns auf
373 Bundesebene für ein komplettes Verbot von Müllexporten ins Ausland ein, da die
374 Praxis weder sozial noch ökologisch vertretbar ist.

375 ***Klimaschutz in der Kommune: eine Aufgabe von Gewerbe und*** 376 ***Handel***

377 Der Einzelhandel und das Gewerbe haben unsere Städte und Gemeinden geprägt.
378 Mittelalterliche Märkte und Handwerksgassen gliedern noch heute architektonisch
379 viele Dörfer und Innenstädte in Baden-Württemberg. Die klimagerechte Kommune der
380 Zukunft schließt an diese kompakte historische Ortsplanung an. Denn zur
381 klimafreundlichen Kommune der kurzen Wege gehören Bäckereien, Apotheken und
382 Lebensmittelgeschäfte in Lauf- und Radelweite, sowie innerörtliche Märkte mit

383 regionalem Obst und Gemüse und eine räumliche Nähe von Wohnen und Arbeiten, die
384 Autofahrten überflüssig macht.

385 Wir sehen die Herausforderungen, vor denen Einzelhandel, Familienbetriebe und
386 kleine und mittlere Unternehmen heute stehen. Eine zukunftsorientierte
387 Kommunalpolitik setzt deswegen auf Dörfer und Städte mit Aufenthaltsqualität –
388 und auf mutige Menschen, die sich trauen und dabei unterstützt werden, in
389 unseren Kommunen neue Konzepte umzusetzen. Egal ob es ein Hofladen, ein von
390 einer örtlichen Initiative betriebener Dorfladen oder ein Start-up in der Stadt
391 ist: Sie alle sind Teil der Vision der kurzen Wege und verdienen und benötigen
392 unsere Unterstützung. In ländlichen Räumen fördern wir mit LEADER und dem
393 Entwicklungsprogramm ländlicher Raum innovative Vorhaben.

394 Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch einzudämmen, um die grüne Lunge der
395 Kommunen zu erhalten, und zugleich lebendige begrünte Städte und Gemeinden zu
396 erhalten – mit hoher Aufenthaltsqualität, attraktiv für Menschen, die zu Fuß
397 gehen und mit dem Rad fahren. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen ihre
398 wirtschaftliche Ansiedlungspolitik klimafreundlich und nachhaltig gestalten. Das
399 bedeutet insbesondere auch, den Flächenverbrauch im Blick zu haben.
400 Gewerbegebiete machen vielerorts einen großen Teil des versiegelten und bebauten
401 Raums aus, auch hier können nachhaltige bauliche Lösungen zum Schutz und der
402 Förderung unseres Klimas gefunden werden. Interkommunale Gewerbegebiete können
403 hier ebenso wie innerörtliche Entwicklungen eine wichtige Rolle spielen. Der
404 Leerstand von innerörtlichen Gewerbebauten muss angegangen und mit nachhaltigen
405 baulichen Konzepten bespielt werden, bevor neue Gebiete an der Peripherie auf
406 bisher unversiegelten Flächen ausgewiesen werden. Das weiterentwickelte
407 Förderprogramm des Landes "Fläche gewinnen durch Innenentwicklung" treibt
408 flächeneffiziente Nutzung und Neuausrichtung von Gewerbe- und Industriegebieten
409 auf kommunaler Ebene voran.

410 Ein modernes Gewerbegebiet ist baulich, ökologisch und sozial nachhaltig. Das
411 fängt an bei der Infrastruktur und der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr
412 und dem Vorhandensein von Fahrradstellplätzen, Carsharing-Angeboten und E-
413 Ladestationen. Es geht über Vorgaben für energieeffiziente Gebäude und
414 Regenwassermanagement, bis zur Verbindung von Arbeit, Wohnen und
415 Kinderbetreuung. In Gewerbegebieten stehen Grünräume zur Verschattung zur
416 Verfügung, Dächer und Fassaden sind begrünt und werden für solare
417 Energieerzeugung genutzt. Klimapositive Elemente steigern die
418 Standortattraktivität für Unternehmen und Arbeitnehmer*innen und damit die
419 Aufenthaltsqualität für alle Nutzer*innen.

420 Die lokale Verankerung von Kreislaufwirtschaft und die Stärkung von
421 Tauschkonzepten dient der Klimafreundlichkeit von Kommunen. Deshalb fördern wir
422 in den Kommunen beispielsweise Angebote, die die gemeinschaftliche Nutzung von
423 Gütern ermöglichen, und die Einrichtung von Repair-Cafés.

424 3. **Klimaanpassung in der grünen Kommune von** 425 **(und für) morgen**

426

427 Wir haben in den letzten Jahren erlebt, was es bedeutet, dass sich unser Klima
428 verändert. So nehmen Starkregenereignisse, Hitzetage von über 30 Grad und
429 Dürreereignisse zu. Wir tun alles dafür, unsere Klimaziele zu erreichen und
430 dabei Vorkehrungen zu treffen, um die Gesellschaft und unser aller Lebensraum

431 vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Trotzdem müssen wir uns auf
432 ein verändertes Klima einstellen. Die grüne Kommune der Zukunft ist eine
433 Kommune, die bei der Stadt- und Raumplanung, beim Wassermanagement und beim
434 Hitzeschutz vorangeht – um Gesundheit und Lebensqualität für alle Bürger*innen
435 sicherzustellen. Den Rahmen dafür setzt unsere landesweite
436 Klimawandelanpassungsstrategie mit ihren über hundert Maßnahmen.

437 ***Mit unserer landesweiten Klimawandelanpassungsstrategie ins*** 438 ***Handeln kommen***

439 Klimaanpassung ist ein Thema von fortwährender Bedeutung für die Landespolitik.
440 So wurde die neueste Fortschreibung der landesweiten
441 Klimawandelanpassungsstrategie im Juli 2023 veröffentlicht. Die Strategie stellt
442 die Risiken des Klimawandels in Baden-Württemberg dar und leitet daraus mögliche
443 Anpassungsmaßnahmen ab. In Monitoringberichten werden die aktuelle Entwicklung
444 und der Umsetzungsstand dieser Maßnahmen beschrieben.

445 Um konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung in unseren Kommunen umzusetzen,
446 unterstützt das Land mit Forschungs- und Förderprogrammen. Ein Beispiel ist die
447 Förderrichtlinie KLIMOPASS. Kommunen können Hitzeaktionspläne erstellen und
448 durch Entsiegelung und Ortsbegrünung das lokale Mikroklima verbessern. Weitere
449 Handlungsfelder sind beispielsweise die Entsiegelung von Flächen, um die
450 vermehrt auftretende Hitzebelastung zu reduzieren und um die Versickerung bei
451 Starkregenereignissen zu erleichtern, aber auch die Renaturalisierung von
452 Fließgewässern, um deren Schutzfunktion zum Erhalt der Biodiversität und der
453 Anpassung an den Klimawandel zu stärken. Mit dem Klimaanpassungsgesetz auf
454 Bundesebene wollen wir die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten für Kommunen
455 und Landkreise verpflichtend machen.

456
457 Die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung treffen zuerst und am stärksten die
458 Menschen, die bereits jetzt über weniger sozioökonomische Ressourcen verfügen.
459 Mit seinen Extremwetterereignissen und gestiegenen Lebensmittelpreisen wird sie
460 vor allem die Gesundheit und Existenz von bereits vulnerablen und sozial
461 schwachen Personen treffen. Es ist daher unsere Aufgabe, insbesondere auch auf
462 kommunaler Ebene, den Schutz besonders vulnerabler und sozial schwacher
463 Bevölkerungsgruppen
464 sicherzustellen.

465 ***Klimaangepasste Stadt- und Raumplanung in unseren Kommunen***

466 Einer nachhaltigen Stadt- und Raumplanung kommt beim Umgang mit Klimafolgen eine
467 Schlüsselrolle zu. Frischluftschneisen müssen konsequent und unabhängig von
468 Bebauung gewährleistet sein, Überflutungsflächen, Abflussmöglichkeiten in
469 versiegelten Gebieten und Kaltluftentstehungsgebiete müssen erhalten, entwickelt
470 und ausgebaut werden. Wir setzen uns deswegen auf kommunaler Ebene dafür ein, in
471 Flächennutzungs-, Landschafts- und Bebauungsplänen stadt- und lokalklimatischen
472 Aspekten höchste Priorität einzuräumen. Auch eine stärkere Verschattung von
473 Fassaden und Infrastruktureinrichtungen wie etwa Geh- und Radwegen muss künftig
474 bereits bei der Planung mitgedacht werden. Durch eine helle Farbgebung von
475 Gebäuden und des Straßenraums kann der sogenannte Albedo- oder Rückstrahlungs-
476 Effekt genutzt und die Bildung von innerörtlichen Hitzeinseln abgemildert
477 werden, da Hitze dadurch weniger gespeichert wird

478 ***Öffentliches Grün, Naturschutz & Biodiversität***

479 Konkret heißt das: Wir Grüne wollen in den Kommunen dafür sorgen, dass
480 Grünflächen erhalten und konsequent weiterentwickelt werden. Das leistet auch

481 einen Beitrag zur biologischen Vielfalt. Kommunal sind bei der Umsetzung von
482 Bebauungsplänen der Erhalt und die Entwicklung von Grünflächen sowie
483 Pflanzvorgaben konsequent einzuhalten. Hitze-“Hotspots” in Innenorten und in
484 verdichteten Siedlungsgebieten wollen wir außerdem durch intensive Begrünung,
485 sowie Brunnen und Wasserelemente klimatisch entlasten. Wo Nachverdichtungen
486 unausweichlich sind, streben wir eine “doppelte Innenentwicklung” für
487 ausreichend Grünstrukturen und klimatische Abkühlung an. Wo immer möglich, sind
488 asphaltierte Flächen zu entsiegeln und zu begrünen. Kommunen können
489 Entsiegelungspotentiale, beispielsweise im Bereich des ruhenden Verkehrs oder
490 auch in Innenhöfen und entlang überdimensionierter Straßen konsequent nutzen, um
491 zusätzliche Grünstrukturen zu schaffen. Auch private Fassaden-, Hof- und
492 Dachbegrünungen sollen durch die Kommunen finanziell gefördert werden. Weitere
493 Maßnahmen für die Verbesserung klimatischer Bedingungen sind die konsequente
494 Begrünung von Gleistrassen und die Beschattung von öffentlichen Plätzen, Wegen
495 und Gebäuden, beispielsweise durch die Pflanzung klimaangepasster Baum- und
496 Pflanzenarten. Auch ein klimaangepasstes Straßenbegleitgrün trägt zur Absenkung
497 der Hitzebelastung und gleichzeitig zur biologischen Vielfalt bei.

498 In den Kommunen wollen wir Begrünungsmaßnahmen grundsätzlich so ausrichten, dass
499 sie mit einer Stärkung des Biotopverbunds einhergehen. Dabei muss der
500 Naturschutz die Folgen des Klimawandels gezielt berücksichtigen. So müssen
501 Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten auf den Schutzzweck hin überprüft und
502 gegebenenfalls an die veränderten klimatischen Bedingungen angepasst werden. Das
503 Monitoring von Arten sollte gezielt auch Klimafolgen in den Blick nehmen, um mit
504 geeigneten Artenschutzmaßnahmen gegensteuern zu können. Auf kommunaler Ebene
505 setzen wir uns dafür ein, dass Lebensräume wie Feuchtgebiete, Streuobstwiesen
506 und Moore, die besonders stark durch den Klimawandel gefährdet sind, durch eine
507 angepasste Regulierung des Wasserhaushalts vor Austrocknung bewahrt werden.

508 ***Widerstandskraft unseres Waldes erhöhen und Landwirtschaft*** 509 ***klimawandelresilient machen***

510 Die Folgen des Klimawandels führen in unseren Wäldern zu gravierenden
511 Veränderungen, häufig in Form von Baumschäden, Baumkrankheiten und flächigem
512 Absterben einzelner Baumarten. Kommunale Masterpläne für eine nachhaltige und
513 klimaangepasste Waldwirtschaft können langfristige Lösungsansätze aufzeigen, um
514 durch eine sukzessive Veränderung der Baumartenzusammensetzung klimastabile
515 Waldbestände zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Wälder weg
516 von Monokulturen und hin zu strukturreichen Mischwäldern entwickelt werden. Die
517 Baumartenwahl darf dabei nicht primär nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgen,
518 vor allem Standortgerechtigkeit und damit einhergehend die Klimastabilität und
519 Vitalität einer Baumart muss maßgebliches Kriterium sein. Auch
520 Privatwaldbesitzer*innen müssen bei dieser Entwicklung transparent informiert
521 und begleitet werden, da gut ein Drittel der Forstflächen in Baden-Württemberg
522 in privater Hand sind. Durch Pflanzung und Pflege von Mikro-Wäldern und Pocket-
523 Parks oder Miniatur-Grünräumen können waldähnliche Strukturen auch in
524 Siedlungsgebieten kleinklimatische Wirkung entfalten. Angesichts der zunehmenden
525 Waldbrandgefahr während Hitze- und Trockenperioden wollen wir in den Kommunen
526 die Bevölkerung stärker für diese insbesondere gesundheitliche Gefahr
527 sensibilisieren. Auch sollte das im Wald tätige Personal mit einer
528 Grundausstattung zur Waldbrandbekämpfung ausgerüstet sein.

529 Um die Klimaanpassung in der Landwirtschaft voranzubringen, wollen wir auf
530 kommunaler Ebene über die Gestaltung von Pachtverträgen gezielt auf die

531 Förderung einer naturnahen, ökologischen und klimaangepassten Landwirtschaft
532 hinwirken. Grünflächen, die als Kaltluftentstehungsgebiete auch für die
533 Klimaanpassung bedeutsam sind, wollen wir sichern und weiterentwickeln.
534 Forschungsprojekte zur Klimaanpassung in der Landwirtschaft können durch die
535 Kommunen unterstützt und begleitet werden. In diesem Zusammenhang sollten auch
536 Agroforstsysteme, bei denen der Anbau von Ackerfrüchten oder Grünland mit Bäumen
537 und Sträuchern auf einer Bewirtschaftungsfläche kombiniert werden, als wichtiges
538 Instrument einer klimaresilienten Landwirtschaft erprobt und durch entsprechende
539 finanzielle Förderung weiterentwickelt werden.

540 ***Den Wasserhaushalt an klimatische Herausforderungen anpassen***

541 Die Wasserver- und -entsorgung, das Management von Starkregen und der
542 Hochwasserschutz stellen die Kommunen in Zeiten des Klimawandels vor immer
543 größere Herausforderungen. Mit der Gründung des Kompetenzzentrums Wasser und
544 Boden gibt die Landesregierung den Kommunen aktiv Hilfestellung, mit Wasser
545 nachhaltig umzugehen, ortsplanerisch auf Dürreperioden zu reagieren und
546 Schutzmaßnahmen vor Extremwetterereignissen zu treffen. Darüber hinaus
547 unterstützt das Land die Kommunen bei der Entwicklung von Starkregenkarten. Wir
548 wollen unsere Landesstrategie für eine wassersensible Stadt- und Ortsentwicklung
549 ausbauen und unsere Hochschulen dabei unterstützen, in diesem Themenbereich ihre
550 Forschung voranzutreiben.

551 Kommunale Hochwasserschutzpläne und ein umfassendes Starkregenrisikomanagement
552 sind wichtige Instrumente, um sich auf Risikosituationen angemessen
553 vorzubereiten. Das an aktuelle Bedarfe angepasste Flutinformations- und
554 Warnsystem FLIWAS unterstützt Kommunen dabei, Überflutungsrisiken frühzeitig zu
555 erkennen und angemessen zu reagieren. Darüber hinaus setzen wir uns für eine
556 Weiterentwicklung der Niedrigwasservorhersage ein.

557 Mit einer Orientierung am Leitbild der Schwammstädte können Quartiere in
558 Hitzephasen besser gekühlt werden, Niederschlagswasser besser gespeichert und im
559 Fall von Starkregen Schäden durch Überflutung verhindert werden. Beim
560 Starkregenmanagement ist die Einrichtung multifunktionaler Flächen, wie sie
561 beispielsweise tiefergelegte Grün- und Spielanlagen darstellen, sinnvoll. Diese
562 können dazu beitragen, trotz Flächenknappheit sowohl den Bedarfen der
563 Anwohner*innen als auch der Notwendigkeit des Starkregenmanagements zu
564 entsprechen. In den Kommunen wollen wir naturnahe Überflutungsflächen schaffen,
565 die gleichzeitig zum Hochwasserschutz und zur Revitalisierung der Gewässer und
566 ihrer Uferbereiche beitragen.

567 Bei der Wasserversorgung muss der sparsame Umgang mit Trinkwasser noch stärker
568 in den Fokus rücken. Hier könnte beispielsweise auch die Einführung von
569 gestaffelten Wasserpreisen eine Option darstellen. Auch den Schutz der
570 Grundwasservorkommen wollen wir verbessern. Mit effizienten Bewässerungsmethoden
571 wollen wir den Wasserbedarf in der Landwirtschaft auch in Trockenperioden
572 begrenzen. Der Masterplan Wasserversorgung, für den perspektivisch aus allen
573 baden-württembergischen Kommunen Daten vorliegen werden, gibt auf kommunaler
574 Ebene einen guten Überblick über aktuelle Wasserbedarfe und mögliche
575 beziehungsweise notwendige Maßnahmen zum Umgang mit der abnehmend zur Verfügung
576 stehenden Ressource Wasser.

577 Kommunale Kläranlagen können mit Unterstützung des Landes um weitere Klärstufen
578 weiterentwickelt werden und tragen so zur Verbesserung der Gewässerqualität bei.

579 Wir unterstützen zudem die neue Verordnung der Europäischen Union zur
580 Entwicklung von Kläranlagen hin zu einer vierten Reinigungsstufe.

581 ***Den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz ausbauen und unsere***
582 ***Feuerwehren bei wachsenden Herausforderungen unterstützen***

583 Der Klimawandel bringt den Katastrophenschutz und die Feuerwehren durch die
584 Zunahme von Starkregen- und Hochwasserereignissen sowie Hitze- und
585 Trockenperioden an ihre Belastungsgrenzen. Deshalb müssen bei
586 Katastrophenschutzübungen Klimafolgen verstärkt in den Fokus genommen werden.
587 Die Feuerwehr muss auf die veränderten klimatischen Bedingungen gut vorbereitet
588 und entsprechend ausgerüstet sein, beispielsweise durch gut ausgerüstete
589 Tanklöschfahrzeuge oder Rettungsboote für Hochwassereinsätze. Die Ausbildung der
590 Feuerwehrleute wollen wir an neue Herausforderungen, beispielsweise bei der
591 Personenrettung in Hochwasserlagen, der sogenannten Strömungsrettung, anpassen.
592 Die grün-geführte Landesregierung unterstützt die Feuerwehren bei diesen
593 gewachsenen Aufgaben. So konnten die Feuerwehren in Baden-Württemberg allein im
594 Jahr 2023 mit rund 70 Millionen Euro für Ausstattung und Personal gefördert
595 werden.

596 Vorsorgemaßnahmen und Warnsysteme müssen im Hinblick auf den Klimawandel
597 ausgebaut und die Information der Bevölkerung verbessert werden. Grundsätzliches
598 Ziel eines modernen Katastrophenschutzes muss sein, dass die Bevölkerung in der
599 Lage ist, selbst eine möglichst umfassende Vorsorge für Krisenlagen zu betreiben
600 und Selbstschutzmaßnahmen, beispielsweise durch ausreichende Trinkwasser- und
601 Nahrungsvorräte, zu treffen. Um die Bevölkerung in unseren Kommunen besser zu
602 schützen und auf Krisen jeglicher Art bestmöglich vorbereitet zu sein,
603 unterstützen wir die Einrichtungen von Stabsstellen für Krisenmanagement und
604 Resilienz. Ziel ist es, alle relevanten Akteure der Kommune und im engen
605 Austausch mit dem Land zusammen zu bringen und entsprechende Krisen- und
606 Anpassungspläne sowie Präventionsmaßnahmen zu erarbeiten.

607 Bevölkerungsschutz und Feuerwehren sind immer auch auf ehrenamtliches Engagement
608 angewiesen. Alleine in Baden-Württemberg engagieren sich 110.000 Bürger*innen
609 bei den freiwilligen Feuerwehren. Gerade mit den durch den Klimawandel
610 einhergehenden Herausforderungen steigt auch die Belastung für die ehrenamtlich
611 aktiven Bürger*innen. Wir Grüne wollen daher das Ehrenamt weiter stärken und
612 Belastungen, beispielsweise durch bürokratische Anforderungen, abbauen. Als
613 Würdigung für das Ehrenamt erproben wir seit August 2023 in vier Modellregionen
614 die Ehrenamtskarte, mit der Ehrenamtlich Tätige Ermäßigungen beim Eintritt in
615 verschiedenen Kultur-, Sport- sowie Bildungseinrichtungen erhalten. Bei Erfolg
616 soll diese Unterstützung auf das ganze Land ausgeweitet werden.

617 ***Die Gesundheit unser Bürger*innen schützen***

618 Längere Hitzeperioden sind insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen wie
619 ältere, behinderte oder kranke Menschen, aber auch für kleine Kinder oft mit
620 gesundheitlichen Belastungen verbunden. Deshalb ist es wichtig, dass
621 insbesondere größere Kommunen Hitzeaktionspläne erarbeiten, in denen Maßnahmen
622 und Ablaufpläne zum Umgang mit Hitze und dem Schutz vor Hitze konkret festgelegt
623 sind. Es gilt, vulnerable Bevölkerungsgruppen und Institutionen rechtzeitig und
624 zielgerichtet vor Belastungen zu warnen und Hilfesysteme zu etablieren. Auf
625 kommunaler Ebene wollen wir die Angebote der Nachbarschaftshilfe ausbauen und
626 stärken, um insbesondere alleinstehenden, älteren, behinderten oder kranken
627 Personen in Hitzephasen Unterstützung zukommen lassen zu können. Die bereits an

628 vielen Orten stattfindende Nutzung von (digitalen) Anzeigetafeln im öffentlichen
629 Raum ermöglicht beispielsweise eine schnelle Warnung von Bürger*innen.

630 Menschen, die in ihrer beruflichen Tätigkeit besonderen Hitzebelastungen
631 ausgesetzt sind, müssen wir besonders schützen. Wo die Schutzmaßnahmen noch
632 nicht umgesetzt sind, wirken wir auf Hitzestandards in Pflege- und anderen
633 hitzesensiblen Einrichtungen hin. Trinkwasserangebote wie öffentliche Brunnen im
634 öffentlichen Raum sind konsequent auszubauen. Für extreme Hitzeereignisse setzen
635 wir uns in den Kommunen für die Einrichtung von öffentlichen Abkühlungsräumen
636 und für die vermehrte Schaffung von Sitzmöglichkeiten im Schatten ein, die
637 insbesondere vulnerablen Personengruppen bei Hitze entlasten können. Dazu wollen
638 wir, dass kommunale öffentliche Gebäude standardmäßig mit einem Wärmeschutz
639 versehen werden. Ein Stadtplan für heiße Tage kann sowohl der Bevölkerung als
640 auch Besucher*innen aufzeigen, wo in dem jeweiligen Ort kühle Orte, wie
641 beispielsweise Bibliotheken, Museen, Grünflächen und Alleen zu finden sind.
642 Bauliche Maßnahmen wie etwa die Errichtung von Sonnensegeln und verschattenden
643 Photovoltaikanlagen, eine konsequente Fassaden- und Dachbegrünung,
644 Verdunstungsanlagen können dazu beitragen, die Hitzebelastung in Städten und
645 Dörfern zu reduzieren.

646 **Am 9. Juni 2024 wählen die Baden-Württemberger*innen ihre Vertreter*innen in den**
647 **Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsräten, sowie die Mitglieder der**
648 **Regionalversammlung in der Region Stuttgart. Wir Grüne haben das politische**
649 **Angebot und die jahrzehntelange politische Erfahrung, Klimaschutz und**
650 **Klimaanpassung in unseren Kommunen auf eine tragfähige, zukunftsfähige Basis zu**
651 **stellen. Unsere Grünen und Grün-nahen Rät*innen wollen und werden ihre Arbeit**
652 **für lebenswerte, klimafreundliche und wirtschaftsstarke Kommunen gemeinsam mit**
653 **den Bürger*innen vor Ort fortsetzen. Deshalb werben wir für das Vertrauen der**
654 **Baden-Württemberger*innen: Am 9. Juni 2024 Grün wählen!**